

Vorschlag für einen

LEITANTRAG DER LSV-NRW

Privatisierung von Schule und Bildung

Bildung ist ein Gut, das maßgeblich zur Entwicklung, Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung des Menschen beiträgt. Sie soll die Entwicklung des Individuums gemäß seinen Fähigkeiten ermöglichen, so dass es frei und selbstbestimmt leben kann. Von dieser Entwicklung und Entfaltung profitiert die Gesellschaft, da sie erst durch ihre Mitglieder entsteht und gestaltet wird. Somit ist die Investition des Staates in Bildung eine Investition in die Zukunft, da die SchülerInnen die Zukunft der Gemeinschaft darstellen und sich die Gesellschaft durch Schule reproduziert.

Damit sich jedes Individuum gemäß seinen Möglichkeiten entwickeln kann, ist eine frei zugängliche, kostenlose Bildung notwendig, da sonst von vornherein Individuen der Zugang zu Bildung verwehrt wird und sie so in einem Grundrecht beschnitten werden. Bildung muss für alle Individuen gleich frei zugänglich sein unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund und ihrer Verwertbarkeit durch die Wirtschaft.

Schulsponsoring

Schulsponsoring wird häufig als Alternative für die mangelnden Mittel, die momentan für Bildung vorhanden sind und als gerechte Umverteilung von Kapital genannt. Schulsponsoring ist die finanzielle oder materielle Unterstützung von Schulen durch wirtschaftliche Unternehmen. Hierbei gibt es verschiedene Möglichkeiten der Unterstützung: Finanzielle Unterstützung für Räumlichkeiten sowie Lehr- und Lernmittel, die von den Schulen selbst angeschafft werden oder materielle Unterstützung durch Lehr- und Lernmittel, die von den Unternehmen gestellt werden, wie z.B. Computer, Software und Bücher.

Durch Schulsponsoring werden nicht nur Finanzen umverteilt, sondern es können auch Forderungen der Wirtschaft an die Schulen an die Mittel gekoppelt werden. Dadurch besteht die Gefahr der direkten sowie indirekten Einflussnahme durch die Unternehmen auf Bildung. Eine direkte Einflussnahme erfolgt durch die von Unternehmen gestellten Lehr- und Lernmaterialien, da diese die SchülerInnen passgenau für die Bedürfnisse der Unternehmen ausbilden. Ein Beispiel hierfür ist die Bereitstellung von Computern, mit Programmen eines bestimmten Unternehmens. Da die SchülerInnen an diesen Computern ausgebildet werden, können sie auch hinterher nur mit diesen arbeiten, sind also für die Unternehmen, die diese Programme verwenden gut vorgeschult. Auch wird die Schule durch solche Sachspenden an Firmen gebunden, die mit Ersatzteilen dieser Computer handeln, oder sie reparieren und warten können, so dass die Unternehmen durch die freigiebige Spende erhebliche Vorteile haben.

Eine indirekte Einflussnahme der Unternehmen kann auch dann erfolgen, wenn zu Beginn der finanziellen Unterstützung keine Forderungen an die Mittel gebunden sind, da die Schulen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den Unternehmen geraten. Sie sind häufig auf die Unterstützung angewiesen oder wollen diese zumindest weiterhin erhalten. Nun können Forderungen an die Finanzen gekoppelt werden, so dass die Schulen Abmachungen eingehen müssen, zu deren Konditionen sie Gelder nie angenommen hätten.

Auch das Konzept, dass Firmen, die Bildung unterstützen wollen in einen Finanztopf einzahlen, dessen Gelder dann an die Schulen verteilt werden birgt die Gefahr des Anstiegs der Einflussnahme von Firmen auf Bildung, da hier eine allgemeine Abhängigkeit der Bildungsfinanzierung von Spenden durch die Wirtschaft entstehen kann.

Durch Sponsoring von Schulen erlangen Unternehmen einen erheblichen Einfluss auf Gestaltung und Inhalte von Bildung. Dies bedeutet, dass das eigentliche Ziel von Schule, den SchülerInnen selbstbestimmte Bildung gemäß ihrer Bedürfnisse bereit zu stellen, nicht erreicht wird, sondern dass Selbstverwirklichung und Entfaltung der Schaffung von Human Kapital weicht.

Werbung an Schulen

SchülerInnen sind überall in der Gesellschaft Werbung ausgesetzt und werden so in ihrer Wahrnehmung beeinflusst. Dieser Entwicklung der zunehmenden Kommerzialisierung sollte die Schule entgegenwirken und bewusst werbefrei sein. Schule soll ein Raum sein, in dem sich junge Menschen frei entwickeln können, und in diesem solle keine Vermittlung von Werten und Idealen durch Werbung stattfinden.

Gebäudemanagement

Das Gebäudemanagement ist eine der neusten bildungspolitischen Sparideen. Es beinhaltet den Verkauf von Schulen an private Träger und die anschließende Rückmiete der Räume und Gebäude durch die Einzelschule. Diese Maßnahme soll bewirken, dass Räume effizienter genutzt werden, indem nur die nötige Anzahl an Räumen für das jeweilige Schuljahr angemietet werden muss. Schulen sollen einen eigenständigen Etat für die Miete und Wartung von Räumen erhalten, so dass sie die Möglichkeit haben durch besonders sparsame Raumnutzungen Gelder zu erwirtschaften. Die restlichen freien Räume sollen vermietet werden, ebenso die von der Schule genutzten Räume in der unterrichtsfreien Zeit.

Das Gebäudemanagement verhindert eine Schule, an der freie Formen des Lernens praktiziert werden können. Durch die Notwendigkeit möglichst wenig Räume zu mieten um die immer knappen Mittel für Lehrmittel und Reparaturen aufzustocken besteht die Gefahr der Erhöhung der Klassenfrequenzen durch die Schulen, da die Einsparung einer jeden Klasse einen finanziellen Gewinn für sie bedeutet. Unterrichtsmethoden wie Gruppenarbeiten und Teilungsunterricht können nicht mehr stattfinden, da die Räume genau so bemessen sind, dass eine Klasse einen Raum zu Verfügung hat und die für solche Methoden nötigen Räume nicht vorhanden sind. Auch sollte Schule nicht nur Lern- sondern Lebensraum sein. Dafür ist es notwendig, dass es Werkstätten gibt, die den SchülerInnen auch nachmittags zur Verfügung stehen. So kann speziellen Interessen nachgegangen werden und Arbeitsgruppen können stattfinden. Sind die Klassenzimmer und Werkstätten aber nachmittags vermietet, wovon ausgegangen werden kann, wenn die Möglichkeit besteht, da Schulen immer finanzielle Mittel gebrauchen können, so ist es für SchülerInnen nicht möglich die Angebote der Schule in ihrer Freizeit zu nutzen.

Privatisierung von Schulen

Eine Privatisierung von Schule, die mit der Einführung von Schulgebühren und der Möglichkeit der Auswahl der SchülerInnen durch die Schule einhergeht, verstärkt die bestehenden sozialen Ungleichheiten radikal. Die Selektionen von SchülerInnen nach Kriterien des sozialen Hintergrunds und ihrer Verwertbarkeit für die Wirtschaft sind die Auswirkungen eines privatisierten Schulsystems. Schulen unterschiedlicher Qualität entstehen, da ihre finanziellen Mittel von der Zahlungskraft ihrer SchülerInnen und deren Familien sowie Spenden von Privatleuten und der Wirtschaft gestellt werden und der Anteil der staatlichen Finanzierung rapide zurück geht. So können sich Schulen mit großer finanzieller Unterstützung bessere Lehr- und Lernmittel leisten und ihre sowieso privilegierte SchülerInnen erhält eine bessere Ausbildung als die SchülerInnen an Schulen, die weniger Schulgeld verlangen. Dieses mündet in einer immer stärkeren Spaltung des Schulsystems in Eliteschulen und Schulen zweiter Klasse. Ein vorstellbares System der Stipendien verändert an dieser Situation nichts, da so die SchülerInnen gefördert werden, die gesellschaftlich und ökonomisch verwertbare Fähigkeiten besitzen.

Häufig sind momentan Privatschulen oder Schulen in freier Trägerschaft Schulen, die alternative Lernkonzepte umsetzen wollen, was im Rahmen des staatlichen Schulsystems nicht möglich ist. Diese Schulen, die häufig Modellcharakter haben, sind Bildungsformen, die der von der LSV NW angestrebten Bildung häufig nahe kommen, aber aus Privatmitteln finanziert werden müssen, da die staatliche Förderung nicht ausreichend ist. Essentiell ist, dass auch diese Schulen trotz der momentanen Notwendigkeit der privaten Finanzierung frei zugänglich sind. Erheben sie Schulgelder, bewirken auch diese Schulen eine Selektion der SchülerInnen nach finanziellen Mitteln, was nicht der Fall sein darf, da dann nur SchülerInnen mit einem finanziell gut ausgestatteten Elternhaus alternative Bildungsformen offen stehen.

Finanzautonomie

Die Idee der Finanzautonomie resultiert aus den flexibleren Möglichkeiten die sich Schulen bieten, wenn sie ihren Etat autonom verwalten. So können Gelder sinnvoller eingesetzt werden, da die Einzelschule selbst bestimmen kann, was sie wann anschafft und Gelder können auch über ein Rechnungsjahr hinaus behalten und so zu dem Zeitpunkt wenn sie nötig sind eingesetzt werden. Dieses bietet neue Chancen für die Selbstbestimmung der Schulen, da die Nutzung der Gelder von den Gegebenheiten vor Ort abhängig gemacht werden kann und nicht einer bürokratischen Verwaltung außerhalb der Schule unterliegt. Allerdings birgt die Einführung einer Finanzautonomie auch Gefahren:

Wenn Schulen eine Finanzautonomie übertragen wird, wird die Privatisierung von Schule und Bildung beschleunigt und findet fast zwangsläufig statt. Wenn die Schulen einen bestimmten Etat zur Verfügung haben, den sie durch Spenden von Privatleuten oder Unternehmen aufbessern können, treten die Schulen in eine Konkurrenz untereinander um die finanziellen Mittel. Dabei besteht die Gefahr, dass Schulen in Sozialen Brennpunkten noch stärker benachteiligt werden, da es für Unternehmen interessanter ist in Schulen zu investieren, die einen guten Ruf haben, sowie die, die mögliche ArbeitnehmerInnen stellen.

Die Beeinflussbarkeit der Schulen steigt ebenfalls, da sie die um die Gelder konkurrieren und wenn eine Schule die an die Gelder geknüpften Bedingungen nicht akzeptiert, wird sich vermutlich eine andere finden, die die Gelder so dringend braucht, dass sie bereit ist sie unter fast allen Konditionen anzunehmen. Auch können sich so Schulen herausbilden, die von Unternehmen mit der Intention unterstützt werden passgenaue ArbeitnehmerInnen auszubilden. Wenn die AbsolventInnen der Schule die Ansprüche des Unternehmens nicht erfüllen kann das Unternehmen eine andere Schule unterstützen oder damit drohen um die Schule unter Druck zu setzen. Somit steigt durch die Finanzautonomie der Druck auf die Schule sich wettbewerbsgerecht zu orientieren, was dem Ziel von Schule, selbstbestimmte Bildung bereit zu stellen, entgegen wirkt.

Berufliche Schulen

Berufliche Schulen sind besonders leicht dem Einfluss der Wirtschaft ausgesetzt. Dieses resultiert aus der zwangsläufigen engen Verknüpfung mit Unternehmen, da berufliche Schulen auf einen bestimmten Wirtschaftszweig hin ausbilden oder der Unterricht alternierend mit einer Ausbildung oder Lehre der SchülerInnen in Betrieben erfolgt. So hat die Wirtschaft besonders bei beruflichen Schulen ein Interesse daran Einfluss auf die Inhalte und Gestaltung der Bildung zu nehmen. Daher stellen Unternehmen nicht selten der Schulen Lehr- und Lernmaterialien zur Verfügung, welche von den Schulen oft gern akzeptiert werden, da diese im Gegensatz zu den Materialien des Staates häufig auf dem neusten Stand sind. Dies mündet oft in einer recht gezielten Ausbildung der SchülerInnen für bestimmte, das Material stellende Betriebe. So besteht das Risiko, dass SchülerInnen nach Beendigung ihrer beruflichen Bildung nicht frei ihren Arbeitsplatz wählen können, sondern durch die Bildung nur für einen sehr speziellen Teil der Angebote qualifiziert sind. So kommt zu der systemimmanenten Spezialisierung noch eine nicht beabsichtigte Spezialisierung auf bestimmte Unternehmen hinzu, die von SchülerInnen nicht beeinflussbar ist. Auch wird häufig an beruflichen Schulen durch den Druck der Unternehmen die Bildung sehr stark auf den späteren Beruf orientiert, und wichtige allgemein gesellschaftliche Aspekte der Bildung und für SchülerInnen bedeutende Inhalte wie die ArbeitnehmerInnenrechte fallen weg. Diese Reduzierung der Bildung kann für die Unternehmen, nicht aber für SchülerInnen und Gesellschaft von Interesse sein. Daher fordert die LSV NW, dass der Staat die beruflichen Schulen so ausstattet, dass für die keinerlei Notwendigkeit besteht, Lehr- und Lernmaterialien von Firmen zu verwenden. Auch muss der Staat kontrollieren und sicher stellen, dass auch an beruflichen Schulen eine allgemeine und selbstbestimmte Bildung erfolgt, die den SchülerInnen gerecht wird.

GATS

Durch Abkommen wie das General Agreement on Trade in Services (GATS) der Welt Handels Organisation (WTO) wird auf einer überstaatlichen Ebene die Privatisierung von Dienstleistungssektoren festgeschrieben. Unter die Zuständigkeit von GATS fallen alle Sektoren, die nicht ausschließlich ein staatliches Monopol darstellen, sondern in denen auch private Anbieter tätig sind. Zu diesen Sektoren zählt auch Bildung, da neben dem staatlichen Schulsystem Schulen in freier Trägerschaft existieren. Deutschland ist GATS gemeinsam mit den anderen EU-Staaten schon zu Teilen beigetreten und Verhandlungen über weitere Sektoren folgen. Dieses birgt die Gefahr, dass auf einer Ebene jenseits aller demokratischen Mitsprachemöglichkeiten grundlegende Entscheidungen über die Zukunft der Bildung getroffen, die einmal festgelegt kaum mehr rückgängig zu machen sind. Auch bedeutet GATS eine kontinuierlich fortschreitende Liberalisierung und Öffnung weiterer Sektoren, so dass, auch wenn der Staat momentan Bildung nicht privatisiert, dieses im Zuge der fortschreitenden Liberalisierung von der WTO verbindlich gefordert werden kann. Die LSV NW verurteilt den Beitritt Deutschlands zum GATS-Abkommen und fordert, dass Bildung nicht aus dem Entscheidungsbereich des Staates und der Länder auf eine supranationale Ebene abgegeben wird. Dieses macht eine Bildung, die den Bedürfnissen der Lernenden entspricht unmöglich. Bildung wird statt dessen zu einer Ware und den Regeln des internationalen Wettbewerbs unterworfen, was die Inhalte und Gestaltung von Bildung radikal im Sinne der Schaffung von Human Kapital und der Selektion auf Grund finanzieller Mittel verändern wird.

Fazit

Sämtliche Formen von Einfluss der Wirtschaft auf die Gestaltung von Schule und Bildung sind abzulehnen. Die LSV NW fordert daher, dass der Staat die vollständige Verantwortung für die Finanzierung von Bildung inne hat und nicht aus dieser Verantwortung entlassen wird um eine selbstbestimmte, freie Bildung für alle SchülerInnen zu garantieren. Bildung, ein essentielles Recht des Menschen, was ihn befähigt sich zu entwickeln, zu entfalten und ein Leben nach seinen Vorstellungen zu leben, darf nicht kommerzialisiert werden und muss im Interesse der Gesellschaft vom Staat zur Verfügung gestellt werden.

Aus diesen Gründen spricht sich die LSV NW gegen Schul sponsoring aus. Für eine im Sinne der Schulen nützliche Umverteilung von Finanzmitteln ist der Staat verantwortlich, der durch Steuern die Wirtschaft mehr in die Verantwortung für Schule nehmen muss.

Auch lehnt die LSV NW das Gebäudemanagement ab, da es also die Möglichkeiten beschränkt, die die Schule den SchülerInnen anbieten kann. Es verwirkt den Status der Schule als Lebens- und Entwicklungsraum von SchülerInnen.

Der Entwicklung von privaten Schule muss entgegen gewirkt werden und der Staat sämtliche Verantwortung für Bildung tragen.

So sollte der Staat besonders alternative Schulformen finanziell unterstützen und so auch für sie eine freie Zugänglichkeit garantieren. Insgesamt darf keine Entwicklung des Schulsystems in Richtung von Privatschulen erfolgen. Die durch Privatschulen verstärkten sozialen Ungerechtigkeiten und die Selektion nach sozialem Hintergrund verhindern eine freie und gleiche Bildung für alle Schülerinnen. Wir fordern, dass schulspezifische Kosten weiterhin vom Staat/Land getragen werden und diese Verantwortung nicht an die Wirtschaft abgegeben wird.

Das heißt nicht, dass wir uns dagegen aussprechen, dass die Wirtschaft ihren finanziellen Teil zur Bildungsfinanzierung beiträgt, dies soll allerdings über einen anonymen Topf mit Zuteilung durch das Dritte passieren.